

## **Redebeitrag der Initiative gegen Rassismus – Westallgäu zur Seebrücken-Kundgebung am 06.07.19 in Lindau**

Menschen werden zur Flucht gezwungen, häufig aufgrund von Krieg, Umweltzerstörung oder Armut, die auch im Zusammenhang stehen mit westlicher kapitalistischer Ausbeutung. Auf ihrem verzweifelten Weg wird versucht, sie außerhalb der europäischen Grenzen zu internieren, zum Beispiel den Lagern in Libyen, in denen Folter, Mord, Vergewaltigung und Sklavenhandel keine Seltenheit sind. Mittwoch dieser Woche starben Dutzende Geflüchtete, die in solch einem Gefangenenlager in einem Vorort von Tripolis, Libyens Hauptstadt, interniert waren bei einem Luftangriff. Große Auffanglagern sind auch in Ägypten im Entstehen, so besprochen auf einem Migrationsgipfel europäischer Staatschefs im Frühjahr vergangenen Jahres in Salzburg.

Die, die durch die Maschen schlüpfen, sind gezwungen, den lebensbedrohlichen Weg übers Meer zu nehmen. Auf ihrem Weg werden flüchtenden Menschen an vielen Stellen ihre Rechte als gleichberechtigtes, gleich wertvolles und gleich schützenswertes Leben aberkannt – so auch, wenn Schiffe und ihre Besatzung kriminalisiert werden, die einzig und allein deswegen auf dem Mittelmeer unterwegs sind, um Mensch zu retten, die auf der Flucht in Seenot geraten sind. Auf der Flucht zu sein ist kein Verbrechen. Die Gründe für Flucht – sind nicht selbstverschuldet. Im Gegenteil: Häufig sind die Ursachen von Flucht genau bei den Länder zu finden, in denen Geflüchtete Schutz suchen wollen. Menschen werden in Europa interniert, abgeschottet und in ANKERZentren untergebracht, in deren Namen schon steckt, was das Programm ist – R wie Rückführung.

Im reichen Deutschland, das geopolitisch in der Mitte von Europa liegt, werden immer mehr Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten müssen, nach ihre, gefährlichen und beschwerlichen Weg direkt in sogenannte ANKERZENTREN interniert. Dort sollen sie – unter Ausschluss der Öffentlichkeit - möglichst schnell abgefertigt und rückgeführt werden. Schon im Namen dieser Ankerzentren steckt also, dass zumindestes beim allergrößten Teil der Menschen, die in Deutschland auf der Flucht vor Krieg, Armut, Hoffnungslosigkeit und Tod ankommen VOR jeder Anhörung pauschal davon ausgegangen wird, dass die Personen wieder rückgeführt werden sollen – wo auch immer sie herkamen.

Immer noch ein und noch ein weiterer Schutzwall erhebt sich um Europas Kern, um Deutschland. Und hier sehen sich geflüchtete Menschen, die es tatsächlich bis in diesen Kern des Westens, das Zentrum von Wohlstand auf Kosten globaler Ausbeutung , geschafft haben – häufig erneut konfrontiert mit herabwürdigendem Verhalten, strukturellen Rassismen, mit Unsicherheit und immer weiterer Retraumatisierung.

Mittelpunkt des Diskurses um Migration ist nicht, wie das Menschenrecht eines jeden Erdenbürgers gesichert werden kann, sondern Europa als Zentrum an Wohlstand und Macht, aus dem unerwünschte Menschen schnellstmöglich verschwinden sollen - unabhängig von deren persönlichen Wohlergehen, deren Sicherheit oder zumindest der Sicherung absolut grundlegender Menschenrechte. Abgeschottet von solidarischen Unterstützern, die helfen, Rechte geltend zu machen, ebenso wie von Zugang zu andern grundlegend Menschenrechten wie medizinischer Versorgung.

Wenn im Innern Europas für geflüchtete Menschen strukturell ein Netz aus Kriminalisierung und Entrechtung gewoben wird, so dass ein Schlüpfen durch diese unmenschlichen Maschen nur in weitere Illegalität, Unsicherheit und Gefahr führt und wenn nun gleichzeitig Europas Außengrenzen nicht nur hermetisch abgeriegelt werden, sondern versucht wird, das „Problem Migration“ komplett auszulagern, aus den Augen und dem Sinn möglichst verschwinden zu lassen, ist dies Ausdruck der selben menschenverachtenden Ideologie.

Aber auch wenn Menschen auf der Flucht dies wie Jenseits der europäischen Grenze als unerwünscht, als Sicherheitsrisiko, nicht wie Menschen mit verzweifelter Hoffnung auf Leben behandelt wird, treiben Verfolgung und Armut Geflüchtete weiter auf den einzigen Weg, der sich scheinbar noch eröffnet: Aufs Meer.

Im Jahr 2018 sind 2262 Menschen laut UN-Flüchtlingshilfswerk im Mittelmeer als ertrunken gemeldet worden. In diesem Jahr sind es bisher 597. Vergleicht man das mit den Zahlen derer, die übers Mittelmeer flüchten ergibt sich: Jeder 47. Flüchtende stirbt. Seit 2015 gab es 14.000 Tote im Mittelmeer. Dass es nicht noch viel mehr waren, ist Schiffen wie denen von Sea-Watch 3 zu verdanken, die nun aber festgesetzt und deren Besatzung kriminalisiert werden.

Auf der Seite [seebruecke.org](http://seebruecke.org) ist zur SEAWATCH 3 zu lesen: „Seit 2017 ist die Sea Watch 3 im Einsatz und an der Rettung von über 3.000 Menschen beteiligt. Ihr Einsatzgebiet befindet sich in dem internationalen Gewässer vor der libyschen Küste. Die Sea-Watch 3 brach am 09.06.19 zu ihrer nächsten Rettungsmission auf. Am 12.06.19 informierte das Aufklärungsflugzeug Moonbird über ein in Seenot geratenes Schlauchboot. Die Crew der Sea-Watch 3 suchte nach ihnen und rettete 53 Menschen. Erst am 29.06.19 konnten 40 Menschen von Bord gehen, die anderen 13 waren als Notfälle evakuiert worden. Gegen den Willen der italienischen Regierung war die Kapitänin Carola Rackete wegen des aktuellen Notstandes auf dem Schiff in italienische Gewässer eingefahren, um die Menschen an Land zu bringen. Dafür wurde sie am 29.06.19 vorläufig festgenommen. Es drohen ihr bis zu 50.000€ Strafe, 20 Jahre Haft und die dauerhafte Beschlagnahmung der Sea-

Watch 3.“

Dabei ist die private Seenotrettung inzwischen der einzige Hoffnungsschimmer für die vor Armut und Verfolgung Geflohenen. Denn die maroden Schlepperboote bringen kaum jemanden sicher an die Küsten der EU. Wer Glück hat, wird von einem der Schiffe der NGOs vor dem Ertrinken gerettet und in den Hafen einer der südlichen EU-Staaten gebracht, um dort einen Asylantrag stellen zu können. Wer Pech hat, der ertrinkt oder wird von den EU-finanzierten Frontexschiffen der libyschen Küstenwache zurück gegeben.

Dass NGOs staatliche Aufgaben übernehmen und dafür dann kriminalisiert werden, ist das Ergebnis eben jener fortwährenden Abschottungspolitik nach außen und mit den Ankerzentren nach Innen, auf die vorher schon eingegangen wurde.

Die Schuld lediglich bei den Staatsoberhäuptern zu suchen, die sich auf den Migrationsgipfeln Europas treffen um ihre Abschottungspolitik weiter zu planen, würde zu kurz greifen. Zum Beispiel wurden diese Staatsoberhäupter gewählt. Aber nicht nur bei den Wahlen tragen die Menschen, die hier leben, ihren Anteil an Verantwortung für eine Entwicklung zu einer gerechteren Welt. In vielen alltäglichen Handlungen reproduzieren die Menschen, die hier geboren wurden, globale Ausbeutungsverhältnisse, Ausbeutung von Menschen und Natur zugunsten des Wohlstandes und Komforts hierzulande. Dieses Ausbeutungsverhältnis wird durch Rassismus befördert. Menschen aus Europa werden im allgemeinen Diskurs als wichtiger, schützenswerter wahrgenommen, Menschen, die in anderen Teilen der Welt geboren werden, werden rein aufgrund ihres Geburtsortes, nicht mehr als Menschen, sondern Wirtschaftsbelastung klassifiziert.

Aber gegen diese Abschottungspolitik nach außen formiert sich von weiten Teilen der Gesellschaft getragener Widerstand: Im Rahmen der Seebrücken-Bewegung gehen Zehntausende auf die Straßen und zeigen ihre Solidarität mit den Geflüchteten auf dem Mittelmeer und ihren Rettern.

Wir sind heute hier um uns gegen die europäische Abschottungspolitik auszusprechen.

Unsere Kundgebung zur Seebrücke hier und an vielen anderen Orten heute soll sichtbar machen, was möglichst aus dem Zentrum fort geschoben, versteckt hinter Mauern und militärisch geschützten Grenzen bleiben soll, damit weitergemacht werden kann wie bisher.

Wir wollen sichtbar machen, was geschieht, und Aufmerksamkeit lenken auf das Thema Seenot und Seenotrettung.

Wir fordern:

Einen Stopp der Abschottungspolitik gegen geflüchtete Menschen!

Einen Stopp der Kriminalisierung von Seenotrettung, die nichts versucht, als den Tod von Menschen im Mittelmeer zu verhindern!

Einen Stopp für ein Wirtschaftssystem, von dem wenige profitieren und viele Menschen entrechtet und ausgebeutet werden!

Einen Stopp für ein Wirtschaftssystem, das auf Kosten von Klima und Umwelt funktioniert!

Einen Stopp rassistischer Politik und Unterdrückungsmechanismen!

Einen Stopp der Internierung, Entrechtung, Kriminalisierung und Illegalisierung von Menschen, die flüchten müssen!

Nach #Free Carola Rakete muss es jetzt heißen: # Free them all!

Sofortige Evakuierung der Lager in Libyen!

Sichere Häfen, solidarische Städte und sichere Einreisewege in ein offenes Europa!

Menschenrechte und Bewegungsfreiheit für alle Menschen!